Helaba

Im Fokus: Geopolitik
29. Januar 2024

Ausblick 2024: Geopolitik, ein Dauerbrenner

Namensgeber des Monats Januar war bei den Römern der Gott Janus, der mit zwei Gesichtern dargestellt wurde. Janus war der Gott des Anfangs und des Endes. Er beendete symbolisch das zu Ende gehende Jahr und blickte voraus auf das kommende. Können wir 2024 auf ein Ende der geopolitischen Spannungen hoffen? Stehen die zwei Gesichter des Janus 2024 für eine weitere Polarisierung zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden oder – wie gerne öffentlich verkürzt – zwischen China und den USA?

Ralf Schuster
Geopolitischer Experte
T 069/91 32-28 88

Dieser geopolitische Ausblick erhebt keinen Anspruch, alle relevanten Themen für 2024 abzubilden. So gäbe es viel über den Konflikt zwischen China und den USA zu sagen, der vor allem im Technologiesektor geführt wird. Beide Staaten wissen, dass sie ohne technologische Vormacht keinen globalen Führungsanspruch erheben können und setzen daher verstärkt auf Forschung und Entwicklung im heimischen Markt, gerne unter Hinzuziehung ausländischer Expertise und Talente, die mit finanziellen Anreizen in das jeweilige Land gelockt werden sollen. Dieser Konflikt wird uns weit über 2024 beschäftigen. Im Folgenden werfen wir einen Blick auf Themen, die 2024 vor allem für Deutschland und Europa Auswirkungen haben könnten.

Krisen, Krisen und kein Ende?

Auch wenn die Zahlen für 2023 noch nicht verfügbar sind, dürfte die **Zahl der regionalen Krisen und internationalen Konflikte auf historischen Höchstständen** seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verharrt haben.

Inflation von Krisen und Konflikten

Zahl der weltweiten Konflikte

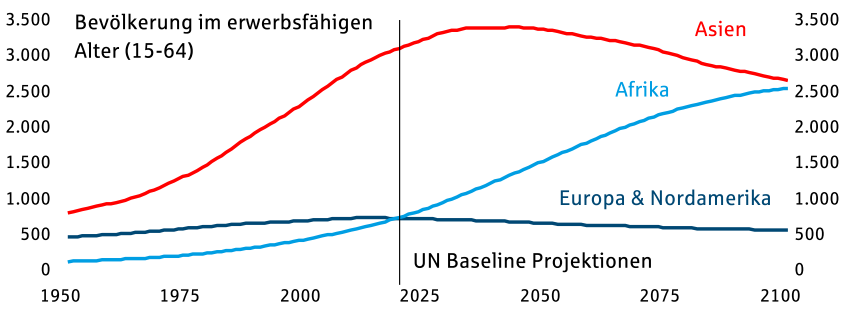
Quellen: Uppsala Conflict Date Program and Peace Research Institute Oslo, Helaba Research & Advisory

Ein trauriger Rekord, aber **symptomatisch für eine Welt im Umbruch**. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass der Globale Norden (GloN) unter Führung der USA in der Bewältigung der hohen Anzahl von Krisen und Konflikten militärisch immer stärker gefordert ist. Dies geschieht zum einen durch die Verlegung von Truppen und Ausrüstung (z.B. zur Stärkung der neuen NATO-Ostflanke), aber auch durch die Bereitstellung von Waffensystemen und Munition (z.B. an die Ukraine und Israel). Gerade bei Munition sind dabei die Ressourcen endlich bzw. muss die Produktion erst wieder hochgefahren werden. Dies reduziert das Abschreckungspotenzial gerade in einer Zeit, in der alte Konflikte zwischen zahlreichen Ländern, aber auch ethnisch oder religiös motivierte Auseinandersetzungen wieder aufflammen. Der GloN kann hier teilweise nur noch in abgeschwächter Form reagieren, wenn man seine militärischen Kapazitäten nicht überstrapazieren will.

Sicherheitspolitik hat seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine auch für Deutschland eine **neue Bedeutung** erlangt. Das aufgelegte Sondervermögen in Höhe von EUR 100 Mrd. macht deutlich, dass die aktuelle Verteidigungsfähigkeit zu wünschen übrig lässt. Dies ist aber nur eine Seite der Medaille. Die neue Polarisierung in den globalen Norden und Süden lässt auch **Afrika in einem neuen Licht** erscheinen. Allianzen zu schmieden mit Ländern, die vormals nicht im Fokus deutscher Verteidigungs- bzw. Wirtschaftsallianzen waren, erscheint somit angemessen. Die Reise von Verteidigungsminister Boris Pistorius nach Niger, die erste eines deutschen Ministers seit dem Putsch, und seine Gespräche mit Vertretern der Militärregierung über eine weitere Zusammenarbeit sind Vorboten dieses neuen und sicherheitspolitisch notwendigen Pragmatismus.

Afrikas Demografie: Chance und Herausforderung

Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, Mio.



Quellen: LSEG, Helaba Research & Advisory

Afrika punktet im weltweiten Vergleich mit einer **positiven demografischen Entwicklung**. Trotzdem darf die fragile Situation auf dem Kontinent nicht unterschätzt werden. Die Überschuldung einzelner Länder und die damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung sorgen für anhaltendes Konfliktpotenzial. Dies könnte in der Folge zu **weiteren Regierungsstürzen und anhaltender Instabilität** führen – gerade in Zeiten, da Afrika einerseits für die Energiesicherheit Europas eine immer größere Rolle spielen soll und andererseits die Flüchtlingsströme nach Europa durch weitere Krisen steigen könnten.

Konfliktpotenzial gibt es aber auch **auf dem amerikanischen Kontinent**. So erhebt Venezuela Gebietsansprüche auf rund zwei Drittel des Staatsgebietes von Guyana. Ein Motiv sind die großen Öl- und Gasvorkommen vor dessen Küste. In Ecuador – einem ehemals friedlichen und aufstrebenden Land – ist der Machtkampf zwischen Drogenkartellen und der Regierung überraschend eskaliert. Die Regierung hat daraufhin am 8. Januar den Ausnahmezustand ausgerufen und soll angeblich die USA um militärische Unterstützung gebeten haben. Sollte es zu einem Konflikt kommen, wären die USA als dominierende Ordnungsmacht auf dem amerikanischen Kontinent auch in diesen Konflikten gefordert.

Superwahljahr 2024

2024 wird das vermutlich **größte Wahljahr der Geschichte**. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung – mehr als vier Milliarden Menschen – gehen in diesem Jahr in 76 Ländern an die Urnen. Allein acht Wahlen finden in Staaten der Gruppe der zehn bevölkerungsreichsten Länder der Erde statt, namentlich Bangladesch, Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, Pakistan, Russland und in den USA.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in der Vielzahl der Wahlen **die innenpolitischen Verhältnisse** (z.B. Sicherheit, Beschäftigung, Vermögensverteilung, Bildung, Migration, Inflation) **die Wählermeinung und das Wahlverhalten maßgeblich beeinflussen**. Geopolitisch werden die Wahlen jedoch eher unter außenpolitischen Aspekten gewertet werden. Wenden sich die Länder mehr China oder den USA zu? Tragen die neuen Regierungen eher demokratische oder autokratische Züge? Dies sind wichtige Faktoren für Machtverschiebungen in den großen Blöcken des GloN und globalen Südens (GloS), die sich 2024 fortsetzen werden.

Übersicht: Wahlen 2024 in Deutschland und Europa:

Datum	Land	Wahlen
28. Januar	Finnland	Präsident
11. Februar	Berlin	Wiederholung Bundestag (455 Wahlbezirke)
10. März	Portugal	Parlament
23. März	Slowakei	Präsident
24. April	Nord-Mazedonien	Präsident u. Parlament
12. Mai	Litauen	Präsident
1. Juni	Island	Präsident
9. Juni	EU	Parlament
9. Juni	Belgien	Parlament
1. September	Sachsen	Landtag
1. September	Thüringen	Landtag
22. September	Brandenburg	Landtag
22. September	Kroatien	Parlament
30. September	Österreich	Parlament
Herbst	Moldau	Präsident
4. Quartal	UK	Parlament
November	Rumänien	Präsident

Quelle: Eigene Recherche Helaba Research & Advisory

Von **geopolitisch hervorstechender Bedeutung** sind zwei Wahlen: in **Taiwan**, die bereits am 13. Januar stattgefunden hat, und in den **USA** am 5. November.

Die **chinesische Regierung strebt eine Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland an**. Daher ist die Wahl ein international viel beachteter Indikator, ob China diesem Ziel durch friedliche Annäherung, respektive durch eine pro-chinesisch ausgerichtete taiwanesische Regierung, näherkommt oder ob die politischen Spannungen und damit das Konfliktpotenzial zwischen China und Taiwan weiter zunehmen. Zusätzliche Brisanz ergibt sich daraus, dass Taiwan durch seine weltweit führende Rolle in der Halbleiterproduktion ohnehin im Spannungsfeld der bereits mit harten Bandagen geführten technologischen Auseinandersetzung zwischen China und den USA steht.

Die Analyse des Wahlausgangs der **Präsidentschafts- und Parlamentswahl in Taiwan**, die der bisherige Vizepräsident Lai Ching-te mit 40,1 % gewonnen hat, zeigt ein gemischtes Bild: Zum einen konnte Lai Ching-te nicht an die Wahlergebnisse seiner ebenfalls von der DPP stammenden Vorgängerin im Amt Tsai Ing-wen anknüpfen, die vor vier Jahren 57,1 % der Stimmen erhielt. Zum anderen setzten sich die bereits 2020 deutlichen Stimmenverluste der DPP fort. Sie **verliert ihre Mehrheit im taiwanesischen Parlament**. Lai Ching-te kann sich daher nicht mehr auf uneingeschränkten Rückhalt für seine Politik in der Legislative verlassen. Dennoch zieht mit ihm der Kandidat in das Amt ein, der die kritischste Haltung gegenüber dem chinesischen Festland einnimmt.

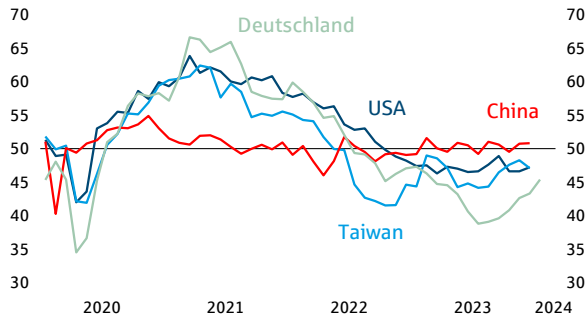
Der Verlust der Mehrheit der DPP im Parlament könnte ein Indiz sein, dass vor allem für die jüngere Bevölkerung Taiwans vermehrt **wirtschaftliche Gründe bei der Wahl im Vordergrund** gestanden haben. Drängende Themen in der Gruppe der unter Vierzigjährigen sind vor allem hohe Immobilienpreise und als zu niedrig empfundene Löhne. Taiwans Wirtschaft leidet auch unter der Auseinandersetzung Chinas und der USA im Hochtechnologiesektor.

Das Land produziert mehr als 60 % der weltweiten Halbleiter und über 90 % der Hochleistungschips (14 Nanometer und kleiner), die für Künstliche Intelligenz eine zentrale Rolle spielen. Gerade in diesem Bereich versuchen die **USA** mit dem **Chips Act**, die **Produktion von Halbleitern** im Heimatmarkt zu stärken und durch Anreiz von Subventionen auch ausländische Unternehmen anzulocken. Der weltweit führende und vor 2018 ausschließlich in Taiwan produzierende Chiphersteller TSMC (Taiwan Semiconductor Manufacturing Company) baut in Arizona zwei Chipfabriken. Nach Marktinformationen entspricht dies einer Gesamtinvestition von rund 40 Mrd. US-Dollar. Weitere Fertigungsstätten sind in Deutschland und Japan geplant. Im chinesischen Nanjing wurde bereits im Oktober 2018 eine Fertigung eröffnet.

Die US-Regierung setzt aber zusätzlich auch auf **Exportbeschränkungen** für amerikanische Unternehmen, die die Ausfuhr von Rohstoffen und Ausrüstungsgütern zur Fertigung von Hochleitungshalbleitern unterbinden sollen. Neben US-amerikanischen zählt das japanische Unternehmen Tokyo Electron und die niederländische Firma ASML zu den Hauptproduzenten für die Fertigung von Maschinen für die Chip Produktion. US-Regierungsvertreter haben daher auch Japan und die Niederlande aufgefordert, ihre Exportrichtlinien an denen der USA auszurichten. Im Nichtbeachtungsfall hat man angekündigt, die Lieferung von Komponenten zur Chip-Herstellung, die US-Technologie verwenden, einzustellen. Die niederländische Regierung hat bereits auf Druck der Regierung Trump 2019 den Verkauf von Fertigungsmaschinen der Firma ASML für die Produktion von Hochleitungschips untersagt.

Taiwan im Spannungsfeld von China und USA

Einkaufsmanagerindex Verarb. Gewerbe, Saldo



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

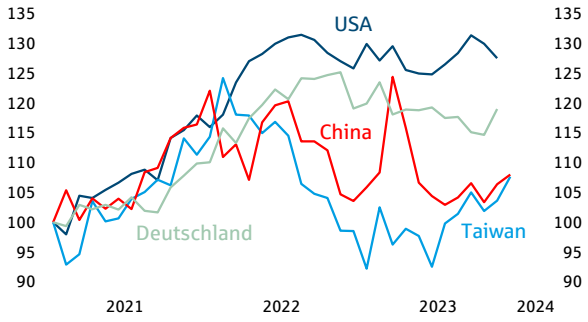
Nachdem Japan im Juli 2023 Exportrestriktionen für die Ausfuhr von Ausrüstungen und Rohmaterialien zur Hochleistungshalbleiterproduktion eingeführt hat, untersagte auch Taiwan nach Konsultationen mit US-Vertretern im Dezember 2023 nun offiziell aus Gründen der Nationalen Sicherheit die Ausfuhr von Technologie und Rohmaterialien für Chips nach China mit einer Größe von weniger als 14 Nanometern. Auch TSMC nutzt US-Bauteile in der Chipfertigung.

Der **taiwanesische Einkaufsmanagerindex** zeigt eine hohe Korrelation mit denen der westlichen Welt. Entsprechend sind die konjunkturellen Schwankungen dort entscheidend für die Nachfrage nach Halbleitern aus Taiwan. Wichtigstes Abnehmerland ist jedoch China. Der Druck auf Taiwan, seine Exporte von Chips und Komponenten nach China zu beschränken, hat deshalb die Stimmung in der taiwanesischen Industrie erheblich belastet.

Mit dem Ende der Null-Covid-Strategie im Dezember 2022 hat die chinesische Wirtschaft wieder etwas Fahrt aufgenommen, wovon Taiwan trotz der Restriktionen profitiert hat. Nach Informationen der GTAI für 2022 sind China und Hongkong mit jeweils 25,2 % und 13,5 % die Hauptabnehmerländer Taiwans. Auch bei den taiwanesischen Importen liegt China mit rund 19 % weit vor Japan (12,5 %) und den USA (10,5 %). Eine **Entkoppelung von China** wäre daher nicht ohne **schmerzhafte** wirtschaftliche Auswirkungen realisierbar.

Taiwans Exporte mit Schwächephase

Warenexporte*, indexiert 01/2021 = 100



*nominal in USD bzw. EUR, jeweils saisonbereinigt
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Die **Präsidentschaftswahl in den USA** wird darüber entscheiden, ob mit Donald Trump wieder ein Isolationist ins Weiße Haus einzieht. Schon im Vorfeld bewegt diese Entscheidung auch in Europa, das die USA als Schutzmacht (nukleare Teilhabe) wahrnimmt, die Gemüter. Vielfach wird damit gerechnet, dass Trump auch in der zweiten Amtszeit verstärkt US-Interessen verfolgt und die Unterstützung der europäischen Partner in den Hintergrund rückt. In seinem außenpolitischen Fokus dürfte weiterhin die Auseinandersetzung mit China stehen und damit der Pazifik- stärker als der Atlantikraum eine Rolle spielen. Die Demokraten unter Präsident Biden werden den **Vorwahlkampf mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln führen,** zumal es vermutlich nicht gelingt, Trump mit juristischen Mitteln von der Teilnahme an der Präsidentschaftswahl auszuschließen. Die Wahl kommt für die USA – und Europa – zur Unzeit, denn gerade in diesen global volatilen Zeiten müssten die USA innen- und außenpolitisch Stärke und Verlässlichkeit demonstrieren.

Vor diesem Hintergrund sollte bei den anstehenden **Wahlen in Europa** vor allem das Interesse an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Vordergrund stehen. Da sich die Wähler aber auch hier vor allem **von innenpolitischen Interessen leiten lassen**, wird entscheidend sein, welche Rolle Themen wie innere Sicherheit und Ordnung im Laufe des Jahres spielen. Wie die Prognosen vermuten lassen, sind dies vor allem Wahlkampfthemen, von denen sich rechte Parteien weiteren Zulauf erhoffen.

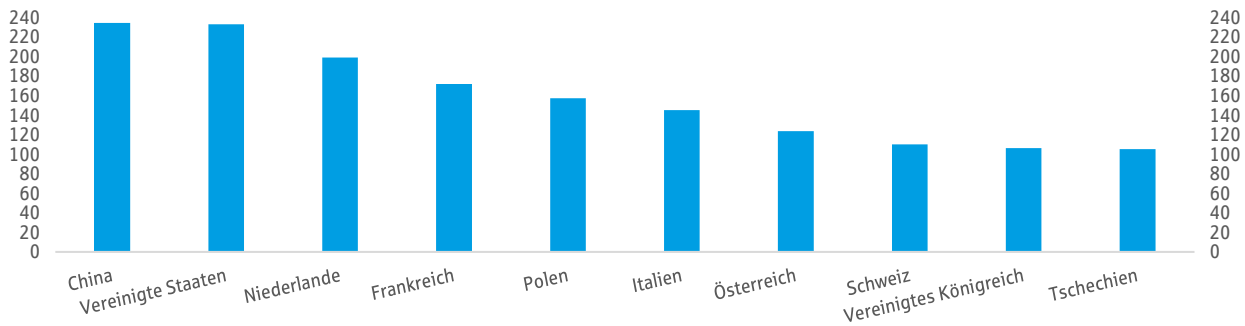
Im Superwahljahr wird die **Rolle der Künstlichen Intelligenz** und der Einsatz von Deepfake bei der Beeinflussung der Wählermeinung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Immer mehr Menschen nutzen digitale Informationsquellen wie Social Media. Google zeigt sich hier bereits sensibilisiert und plant, den Einfluss von Künstlicher Intelligenz („Fake News“) auf Wahlen einzuschränken. Im großen Wahljahr 2024 wird das Unternehmen die Arten von wahlbezogenen Anfragen einschränken, die seine KI-gestützten Produkte beantworten können. Der Tech-Riese untersucht nach eigenen Angaben, wie KI die Fehlinformationslandschaft verändern kann. Ob dies gelingt, wird sich erst Ende des Jahres zeigen. Die Diskussion über den Einfluss, den Künstliche Intelligenz auf Wahlen nehmen kann und wird, dürfte jedoch hitzig geführt werden.

Wie resilient sind Europas Lieferketten in Zeiten vermehrter Krisen und Konflikte?

„Hatten Sie eine gute Anreise?“ Viele kennen diesen Satz vom Check-in im Hotel. Eine Floskel, die sich eingebürgert hat und die man in den seltensten Fällen mit der detaillierten Darlegung der Erlebnisse auf der Anreise beantwortet, sondern meist mit einem einfachen „ja“. Diese Frage ist aber durchaus relevant für den globalen Warentransport. Hier wäre die Aussage „gut“ anhand der Faktoren „günstig“ und „pünktlich“ zu beurteilen. Vor dem Ausbruch der Pandemie haben wir uns darum wenig Sorgen machen müssen. Seitdem kommt es aber immer wieder zu **Störungen in den maßgeblichen Transportkorridoren zur See und auf dem Land**. Die Entstehung dieser Korridore ist ein Ergebnis von globalen Infrastrukturmaßnahmen, die zumeist transkontinental für eine pünktliche und effiziente Transportabwicklung des Warenverkehrs sorgen.

China und die USA weiterhin die wichtigsten Handelspartner Deutschlands

Deutsche Exporte plus Importe, Januar bis November 2023, Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Helaba Research & Advisory

Zunächst ein Blick auf die **Transportkorridore über Land**: Diese bilden nicht nur eine Alternative zu den Seewegen, sondern bieten wesentlich schnellere Transportzeiten für zeitkritische Güter. Eine der maßgeblichen Landverbindungen zwischen Asien und Europa ist der „Nordkorridor" der „Neuen Seidenstraße", auf der die Züge für die rund 11.000 km lange Strecke ca. 10 bis 14 Tage benötigen. Die „**Neue Seidenstraße**" (alias „Belt and Road Initiative") ist ein chinesisches Projekt, das dem Auf- und Ausbau von Transportinfrastruktur für den transkontinentalen Handel dient.

Die **Bedeutung des „Nordkorridors**" für den Warenverkehr stieg während der Pandemie durch die sechsttägige Blockade des Suez Kanals durch das am 23. März 2021 havarierte Containerschiff „Ever Given". Der Korridor nutzt dabei die vorhandene russische Transportinfrastruktur, vor allem die Schiene, für den Transit von Waren zwischen Asien und Europa. Seit dem Ausbruch des Krieges zwischen Russland und der Ukraine nimmt jedoch dessen Bedeutung ab. Ein Grund ist die Etablierung der „NATO-Ostflanke". Diese reicht seit dem NATO-Beitritt Finnlands vom nördlichsten Punkt der finnisch-russischen Grenze bis an die Nordgrenze Georgiens. Daraus ergeben sich Restriktionen für den Warenverkehr über den Nordkorridor. So dürfen keine Dual-Use-Güter über den Korridor zwischen Europa und Asien transportiert werden. Folglich kann **Russland** grundsätzlich **nicht mehr als zuverlässiges Transitland** für den Handel zwischen Europa und Asien eingestuft werden. Daher verwundert es nicht, dass es laut Duisburger Hafen (dem Start- bzw. Endpunkt des Nordkorridors) nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs 2022 **starke Mengenrückgänge** auf dieser Route gab.

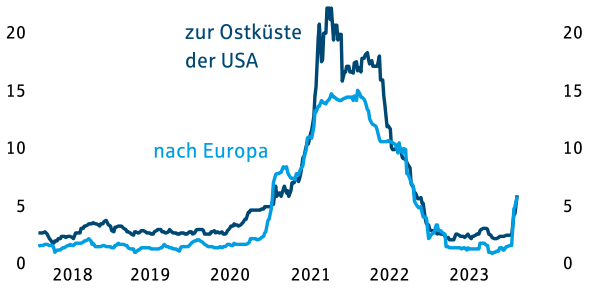
Aktuell **weicht der eurasische Handel auf den sogenannten „Mittelkorridor" aus**. Hier wird der Warenverkehr über Land intermodal, d.h. unter Einbindung von Schifffahrtsverbindungen, über das Kaspische und das Schwarze Meer abgewickelt. Der intermodale Handel ist aber durch mehrfache Umladungen kostenintensiver und benötigt derzeit 26 bis 30 Tage. Ferner fehlt es dem noch im Ausbau befindlichen „Mittelkorridor" an den notwendigen Kapazitäten, die aktuell auf höchstens 100.000 TEU (Twenty Foot Equivalent Unit = 20 Fuß Container) jährlich geschätzt werden, gegenüber vormals 1.500.000 TEU pro Jahr für den Nordkorridor.

Die **Seewege**, auf denen rund 90 % der globalen Warenmenge transportiert werden, **behalten daher ihre Dominanz**. Aus europäischer Sicht bleibt für den Handel mit Asien der **Suez Kanal von zentraler Bedeutung**. Nach Schätzungen werden über diese Wasserstraße zwischen 10 bis 12 % des globalen Handels abgewickelt, im Containerbereich sollen es sogar bis zu 30 % sein. Containerschiffe benötigen auf der kürzesten rd. 21.000 km langen Route, die den Suez Kanal durchquert, von Shanghai nach Hamburg durchschnittlich 40 Tage. Auch der Warenaustausch zwischen Asien und der Ostküste Nordamerikas läuft durch dieses Nadelöhr. Die Sicherheit dieses wichtigen Seeweges rückt durch die jüngsten geopolitischen Entwicklungen im Roten Meer in den Fokus. Als Reaktion auf den Konflikt zwischen Israel und der Hamas haben die **Huthis, die Teile des Jemen kontrollieren,** in den letzten Wochen **kommerzielle Schiffe beschossen** und in einem Fall auch gekapert, um ihrer Forderung nach einem Waffenstillstand in Gaza und Hilfslieferungen für die dort lebenden Palästinenser Nachdruck zu verleihen.

Die Anschläge der Huthis haben sich bereits **auf die Transportkosten für Container ausgewirkt** (siehe Chart), die sich seit November 2023 mehr als verdreifacht haben. Vier der fünf größten kommerziellen Schifffahrtsgesellschaften haben ihre Fahrten durch den Suez Kanal vorerst ausgesetzt. Wie das Institut für Weltwirtschaft in Kiel berichtet, hat sich daher seit dem 1. Januar der Containerumschlag durch den Suez Kanal um 60 % reduziert. Die Ausweichroute über das Kap der Guten Hoffnung führt auf dem Hin- und Rückweg zu bis zu 10 bis 15 Tagen längeren Schiffslaufzeiten und zusätzlichen Treibstoffkosten von schätzungsweise durchschnittlich einer Mio. US-Dollar pro Containerschiff. Das treibt die Transportkosten in die Höhe und führt zu Verzögerungen bei den Lieferterminen.

Zuletzt wieder steigende Frachtkosten

Transportkosten für Container aus chinesischen Häfen, Tsd. US-Dollar



Quellen: LSEG, Helaba Research & Advisory

Die **Folgen für deutsche Unternehmen** werden auch an der Reaktion von Tesla am Produktionsstandort in Brandenburg sichtbar. Das Unternehmen wird vom 29. Januar bis 11. Februar aufgrund fehlender Bauteile die Fertigung in der Gigafactory mit Ausnahme einiger weniger Teilbereiche ruhen lassen. Daher hätte der Name „Prosperity Guardian" für die militärische Operation einer multinationalen Koalition zum Schutz der kommerziellen Schifffahrt im Roten Meer, die durch die USA angeführt wird, nicht besser gewählt sein können.

Störungen der Haupthandelswege über Land und zur See haben direkte **negative Auswirkungen auf die deutsche und europäische Wirtschaft**. Es muss daher europäisches Interesse sein, an einer Lösung zur Beendigung dieser Krisen beizutragen. Die wirtschaftliche Bedeutung macht Deutschland und Europa zu einem geopolitischen Akteur, der gefordert ist, globale Entwicklungen aktiv mitzugestalten. Daher ist es zu begrüßen, dass die EU vor wenigen Tagen eine Einigung über eine militärische Operation zur Sicherung der Handelsschifffahrt im Roten Meer erzielen konnte.

Globale Herausforderungen bedürfen globaler Lösungen

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in diesem Jahr wohl **kein Ende der volatilen geopolitischen Lage absehbar** ist. Ein Grund dafür ist auch, dass das Superwahljahr in vielen Ländern die Innenpolitik in den Fokus rückt. Ablesbar sind die außenpolitisch nachteiligen Effekte vor allem in den USA, wo die Republikaner eine weitere finanzielle Unterstützung der Ukraine blockieren und mit dem für den Ausgang der US-Wahlen viel wichtigeren innenpolitischen Thema der Grenzsicherung gegen die zunehmende Migration über Mexiko verknüpfen.

Um Krisen den Nährboden zu entziehen, wäre es aber gerade jetzt wichtig, im Wege von Verhandlungen innerhalb der Staatengemeinschaft **gemeinsame Lösungen für die globalen Herausforderungen unser Zeit zu finden**. Die überwiegende Zahl der Staaten des GloS stellt die internationale Ordnung nicht in Anfrage. Sie beklagen jedoch deren ungleiche Anwendung und **fordern aus ihrer Sicht notwendige Reformen**. Gerade dies lässt Rückschlüsse darauf zu, dass die Mehrheit der Staaten des GloS – auch wenn diese teilweise durch ideologisch unliebsame geführte Regierungen vertreten werden – einer Verhandlungslösung offen gegenüberstehen.

Auch wenn 2024 hier (noch) kein Durchbruch zu erwarten ist, ist es nie zu spät, die großen **Herausforderungen** unserer Zeit dort zu klären, wo sie hingehören: **am Verhandlungstisch** – übrigens ein Grundprinzip aller funktionierenden wirtschaftlichen Beziehungen. Gerade die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges hat gezeigt, welche **positiven Resultate die Friedensdividende für die Weltwirtschaft** hatte. Dagegen führt der sich abzeichnende verstärkte Protektionismus zu einer Vertiefung der Gräben mit entsprechend negativen weltwirtschaftlichen Auswirkungen.

Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:
Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:
Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: **www.helaba.com**

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.